Originalveröffentlichung in: Haß-Zumkehr, Ulrike/Kallmeyer, Werner/Zifonun, Gisela (Hrsg.): Ansichten der deutschen Sprache. Festschrift für Gerhard Stickel zum 65. Geburtstag. - Tübingen: Narr, 2002. S. 653-669.
(Studien zur Deutschen Sprache, Band 25)

Rainer Wimmer

Noch mal zu „Leitkultur“

1. Einleitende Bemerkungen

Weshalb ich „Leitkultur“ im Titel dieses Beitrags in Anführungszeichen gesetzt habe, hat damit zu tun, dass ich hier nichts über die Leitkultur bestimmter politischer Richtungen oder gar Parteien sagen möchte, sondern etwas über den Ausdruck „Leitkultur“. Es soll nicht über Bekenntnisse oder Ablehnungen von politischen Ideologien gehen, sondern um bestimmte Gebrauchsweisen eines Ausdrucks, der zeitweise (2000 bis 2001) eine gewisse Karriere gemacht hat. „Karriere“ heißt in diesem Zusammenhang, dass ein Ausdruck – eben dieser Ausdruck „Leitkultur“ – in der öffentlich-politischen Diskussion eine auch medienwirksame Rolle gespielt hat bzw. spielt und extensiv in Gebrauch gekommen ist. Es geht aber nicht um die quantitative Auffälligkeit des Ausdrucks in politischen Diskussionen und den Medien, sondern um die konzeptionellen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit „Leitkultur“, d.h. um den Streit um die Bedeutung des Ausdrucks. An diesem Streit sind viele beteiligt, die Wesentliches dazu gesagt haben und noch sagen werden. Sprachwissenschaftler können zu der öffentlichen Debatte vielleicht nur wenig beitragen, was die politischen Protagonisten interessiert. Aber sie können aus ihrer Sicht etwas zu den Kommunikationsereignissen sagen, die den Gebrauch und damit: die Bedeutung des Ausdrucks „Leitkultur“ prägen; sie können den Sprachgebrauch analysieren und (in Teilen) beschreiben; und die Beschreibungen mögen dann auch öffentlichen Akteuren etwas sagen können über das, was sie tun, wenn sie den Ausdruck „Leitkultur“ im Munde führen. So verstehe ich die Aufgabe der linguistisch begründeten Sprachkritik: dass auf der Basis von linguistischen Analysemethoden und Beschreibungsmustern Stellungnahmen abgegeben werden zu konfliktären Sprachverwendungen. Dabei ist zu bedenken: Wenn in der Gesellschaft über Sprache gestritten wird, geht es für die Streitenden in den allermeisten Fällen nicht um die spezifisch sprachlichen Phänomene, ganz im Gegenteil: es geht (weitestens formuliert) um Inhalte, meistens um

Publikationsserver des Instituts für Deutsche Sprache
URN: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:mh39-78374

soziale Geltung und im öffentlichen Bereich um politische Macht. Das Sprachliche ist hier nur Medium. Das Medium bleibt meistens unreflektiert. Aufgabe der linguistisch begründeten Sprachkritik aber ist die Reflexion des Mediums Sprache.

Nun ist zu dem Zeitpunkt, zu dem ich diesen Artikel schreibe (Mitte 2001), die oben angedeutete „Konjunktur" der politischen Auseinandersetzung um das Konzept „Leitkultur" schon wieder abgeflaut, und man kann zurecht fragen: Was soll jetzt noch ein sprachkritischer Nachschlag? Die Antwort ist: Die Leitkultur-Diskussion ist ein Musterbeispiel dafür, wie sich Politiker heute in einer Schlagwort-Debatte verfangen, wie sie sich geradezu in einer Schlagwort-Falle befinden, die durch die medial-öffentliche Kommunikationssituation produziert ist. Es handelt sich also um einen exemplarischen Fall, zu dessen Analyse Sprachwissenschaftler etwas beitragen können. Es ist natürlich auch nicht ausgemacht, dass die „Leitkultur"-Debatte nicht noch einmal „aufflammt", je nach dem, welche Themen, Einstellungen und politischen Überzeugungen die (Wahlkampf-)Auseinandersetzungen der kommenden Jahre nach oben befördern. (Wenn ich hier metaphorische Ausdrücke wie „nach oben befördern", „Karriere", „Konjunktur", „abflauen", „aufflammen" in Bezug auf sprachliche Phänomene verwende, so soll damit lediglich verkürzend angedeutet sein, dass wir es mit nicht-prognostizierbaren evolutionären Prozessen zu tun haben, die man auch weniger metaphorisch kennzeichnen könnte. Nur: das würde sehr viel mehr Aufwand erfordern.)

2. Die Schlagwortfalle für Politiker

Worin besteht die Schlagwort-Falle, in der sich Politiker befinden, wenn sie sich des Ausdrucks „Leitkultur" für ihre politische Arbeit in der Öffentlichkeit bedienen? Aus linguistischer Sicht können hier u.a. die folgenden Aspekte der Sprachkommunikation in den Blick genommen werden:

1) Der Schlagwortbegriff. Wie funktioniert ein Schlagwort in der Kommunikation? Welche typischen Merkmale eines Schlagworts zeigen sich in der öffentlich-politischen Verwendung des Ausdrucks „Leitkultur"?

2) Welches sind die pragmatischen Bedingungen (u.a.: Rollen der Handlungsbeteiligten) bei der Verwendung des Schlagworts in den öffentlichen politischen Debatten?

3) Die Adressaten. Welche Rolle spielen die Adressaten in der politischen Schlagwort-Debatte? Welche Rolle spielt das sog. Wahlvolk?

Was ist ein Schlagwort? Ob ein Wort ein Schlagwort ist, zeigt sich in seinem Gebrauch, das heißt: in seiner Bedeutung. Der Gebrauch (die Bedeutung) eines Schlagworts wird gemeinhin als vage, unbestimmt und schlechtbestimmt angesehen. Das heißt, man kann vieles darunter verstehen. Zum Beispiel: Das (mit positiver Konnotation versehene) Schlagwort par excellence der heutigen politischen Diskussion ist „Demokratie": Die Sozialisten verbinden damit z.B. die Merkmale „Gleichheit" und „Gerechtigkeit", die Christdemokraten die Merkmale „Verantwortung", „Subsidiarität". „Subsidiarität" sagen eher Christdemokraten, Sozialisten würden „Solidarität" bevorzugen. Die Begrifflichkeiten haben ihre z.T. subtilen Bedeutungsnuancen, die auf Traditionen weit verzweigter Art beruhen. Nur: Für die Verwendung eines Schlagworts zählen historische Differenzierungen nicht mehr. Auch Pinochet, ein chilenischer Caudillo südamerikanischer Art, konnte sagen, sein diktatorisches Regime sei „demokratisch", nur eben kulturspezifisch („typisch südamerikanisch") gewendet. Es gibt auf der Erde heute keine Regierung bzw. kein Regime bzw. kein Herrschaftssystem mehr, das sich je nach Bedarf nicht als „demokratisch" selbst bezeichnen würde. Das verlangt die Opportunität, aber nicht nur die.

Aus wissenschaftlicher Sicht (aus der Sicht aller Wissenschaften) sind Schlagwörter wie „demokratisch", „christlich", „sozial", „europäisch", „ethisch", „human" einfach schlechtbestimmt in dem Sinne, dass man weder einzelne gesellschaftliche Gruppen (z.B. Parteien, kirchliche Verbände, Vereine jeglicher Art, wissenschaftliche Gruppierungen), geschweige denn die Gesamtgesellschaft oder alle Standardsprache-Sprecher/innen darauf verpflichten kann, bestimmte Bedeutungsmerkmale als dominant anzuerkennen. „Anerkennen" soll hier nicht heißen, dass für eine Gebrauchsregel die bewusste Zustimmung der Sprecher/innen erforderlich wäre. Das nicht! Es zählt vielmehr der tatsächliche Gebrauch. Und der tatsächliche Gebrauch ist hier unüberschaubar auch in dem speziellen Sinne, dass die Sprecher/innen sich nicht einmal in Kernbereichen, vielleicht gerade in Kernbereichen

nicht der Gebrauchsweise des Ausdrucks sicher sein können. Das zeigt sich in alltäglichen (auch in freundschaftlichen oder nachbarschaftlichen) Gesprächen zum Beispiel darin, dass man sich ständig aufgerufen fühlt, den speziellen Sinn, den man mit den schlechtbestimmten Wörtern verbindet, zu erläutern und zu erklären.

Die Vagheit oder Schlechtbestimmtheit des Ausdrucks macht aber nicht (allein) seinen Schlagwortcharakter aus. Ausschlaggebend ist vielmehr die Funktion, die diese Vagheit in der Kommunikation hat. Im DUDEN-Universalwörterbuch 2001 wird neben der bibliothekswissenschaftlichen Bedeutung von „Schlagwort" und neben der prägnant historisch-beschreibenden Bedeutung (z.B. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit") die Kampfwort-Bedeutung in der politischen Kommunikation wie folgt beschrieben: „(oft abwertend) abgegriffener, oft ungenauer, verschwommener, bes. politischer Begriff, den jmd. meist unreflektiert gebraucht; abgegriffene Redensart, Gemeinplatz ...". Auffällig ist die Metapher „abgegriffen". „Abgegriffen" heißt: in vieler Munde. Aber in wessen Munde? Und warum, und mit welchen Intentionen? Linguisten, die den öffentlichen und insbesondere politischen Sprachgebrauch analysieren und beschreiben, unterscheiden seit langem sog. Kampfwörter verschiedener Art: auf der einen Seite Fahnenwörter, die – positiv konnotiert – dazu dienen, die eigenen Ideen herauszustellen und zu propagieren („christlich" in „christlich/soziale, christlich/demokratische Union"), auf der anderen Seite Stigmawörter, die – negativ konnotiert – dazu dienen, den politischen Gegner herabzusetzen und (bei den Wählern) in ein schlechtes Licht zu rücken („Chaot", „Kommunist", „Versager"). Es geht um die Beschreibung parteisprachlicher Wörter (vgl. Hermanns 1982), deren Gebrauchs- bzw. Bedeutungsspektrum sehr weit sein kann, ausgreifend von Hochwertwörtern aus der politischen Ideen- und Konzeptgeschichte bis hin zu gruppensprachlichen Kennzeichnungen, die auch vor persönlichen Diffamierungen nicht Halt machen. Der Sprachgebrauch steht im Dienst der Erlangung und des Erhalts von Macht und Herrschaft; andere Funktionen treten bis zum Verschwinden dahinter zurück. Die Autoren- und die Adressatenfrage haben ein dominierendes Gewicht: Wer spricht hier zu wem?

Ist der Gebrauch von Schlagwörtern in der öffentlichen politischen Diskussion „unreflektiert", wie es die DUDEN-Beschreibung für die meisten Fälle

annimmt? Unreflektierter Sprachgebrauch mag für die meisten Stammtischdiskussionen unterstellt werden können, auch für viele Alltagsdiskussionen, nicht aber für die Redeweise von Politikern in ihrer Funktion als Politiker. Glücklicherweise haben Grenzgänger zwischen Politik und Wissenschaft explizit gesagt, wie man die „Schwierigkeiten des politischen Sprechens in der Demokratie" realistischerweise sehen kann oder sehen sollte (vgl. Bergsdorf 1985). Ein solcher Grenzgänger ist Wolfgang Bergsdorf. Bergsdorf (gegenwärtig Präsident der Universität Erfurt, als Nachfolger von Peter Glotz) war in der Ära Kohl der Bundesrepublik Deutschland im Bundespresseamt tätig, und er war Politologe an der Universität Bonn, der zahlreiche Arbeiten zum Zusammenhang zwischen Sprache und Politik publiziert hat. Bergsdorf hat markante Charakterisierungen des Verhältnisses zwischen Politikersprache einerseits und der Sprache des Wahlvolks andererseits geliefert. Er entwickelt folgendes Szenario: Die politischen Führer stehen in der Demokratie vor der Schwierigkeit, für ihre notwendigen politischen Entscheidungen eine Zustimmung (einen Konsens) von einem unüberschaubaren Wahlvolk zu erhalten. Die Frage ist: Welches ist die Sprache, die eine solche Zustimmung Erfolg versprechend befördert? Bergsdorfs Antwort ist: Es ist ein Sprachgebrauch, der auf Vagheit und Unbestimmtheit setzt, und zwar aus folgendem Grund: Allein die vage Verwendung von Schlagwörtern erlaubt es, ein (im angedeuteten Sinne) unüberschaubares Wahlvolk in der Weise anzusprechen, dass sich erstens alle angesprochen fühlen, zweitens alle Angesprochenen sich ihren Reim auf die Bedeutung des Gesagten machen können. Es geht im Kern darum, die je individuellen Meinungen Einzelner zu bündeln, sodass Entscheidungen (sog. Konsensentscheidungen) per Wahlzettel zu Stande kommen. Für dieses Konzept nimmt Bergsdorf auch traditionelle linguistische Theorienbildung in Anspruch (vgl. Bergsdorf 1978). De Saussures „parole" soll den Meinungen der unzähligen Wahlvolk-Sprecher/innen entsprechen. Jeder Wahlvolk-Sprecher bzw. jede Wahlvolk-Sprecherin verbindet mit einem Schlagwort ein mehr oder weniger individuelles Konzept, das ihren eigenen Meinungen und Überzeugungen entspricht. Die Wähler „identifizieren" sich. Aber es geht darum, die Langue-Bedeutung (im Saussure'schen Sinne) herzustellen; dies sei die Sprachsystem-Bedeutung und damit die Bedeutung, die alle Sprecher/innen mit dem Ausdruck verbinden. Die Saussure'sche „Langue" soll also das Konzept sein, das begründet, warum ein Sprecher/eine Sprecherin zur Einheit, zum Konsens kommen müsse und vielleicht auch wolle, weil er/sie Teil der

Sprachgesellschaft sei. Die Langue-Bedeutungen der Wörter, d.h. die gewissermaßen gesamtsprachlichen Bedeutungen der Wörter in der natürlichen Sprache seien ebenfalls vage und unbestimmt und entsprächen in dieser Hinsicht der Vagheit von Schlagwörtern in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung. So wie es im normalen Sprachverkehr darum gehe, die individuellen Bedeutungen bzw. Meinungen der Sprecher/innen den allgemeinen Sprachbedeutungen anzupassen, so komme es in der öffentlich-politischen Rede darauf an, die individuellen Meinungen der Wähler/innen zum Konsens hinzuführen, der die Politiker/innen handlungsfähig mache. Und der Transmissionsriemen (um eine antiquierte Technik-Metapher zu benutzen) für diese Konsensbildung seien semantisch vage Programmwörter bzw. Schlagwörter, die ihre kommunikative Qualität gerade dadurch zeigen, dass sie auf Grund ihrer Unbestimmtheit Integrationswörter sind.

In dem hier vorgestellten Konzept der öffentlich-politischen Rede und Diskussion wird dem Schlagwort bzw. Programmwort bzw. Integrationswort eine zentrale Rolle zugewiesen. Bergsdorf (1978) räumt ein, dass hier eine gemäßigt-manipulative Kommunikationsform konzipiert wird, die der Demokratie angemessen sei, allerdings in ganz deutlichem Unterschied zu Diktaturen, in denen gegen die Leitkonzepte der politischen Führung keine Widersprüche geduldet werden. Man kann in der Tat fragen: Wo lägen die kommunikativen Gegenentwürfe zu dem Bergsdorf-Konzept? Ich habe dieses Konzept deswegen so relativ ausführlich erläutert, weil es m.E. das stillschweigend vorausgesetzte bzw. unterstellte Konzept der meisten Politiker ist. Es wird u.a. deswegen so wenig öffentlich gemacht, weil in seiner Ausformulierung ein gewisser Affront gegen das Wahlvolk liegt: Die Meinungen der Einzelnen werden nicht so sehr hoch eingeschätzt; sie haben ihren Wert lediglich in ihrem Beitrag zur politischen Konsensbildung. Die einzelnen Wähler/innen haben aber ihre je eigenen Interessen, Vorstellungen und Konzepte, und diese möchten sie repräsentiert sehen. Sie möchten ihre kognitiven Auffassungen in dem Maße berücksichtigt finden, wie sie als Wähler/innen von den Politiker/innen hofiert werden.

Auf die linguistische Problematik der de Saussureschen Begrifflichkeit von Langue und Parole möchte ich hier nicht ausführlich eingehen. Lediglich so viel: Die de Saussuresche Unterscheidung ist im Kern eine methodologische, d.h. eine Unterscheidung, die auf die Möglichkeiten des Redens über

Sprache bezogen ist: Wenn man über Sprache redet, kommt man nicht umhin, sich über die je aktuelle, historisch einmalige Äußerung (Parole) zu „erheben". Man muss generalisieren, und das impliziert das Systematisieren, und das Produkt der Systematisierung ist die Langue, nämlich ein theoretisches Konstrukt. Dies ist etwas völlig anderes als das, was Bergsdorf im Sinn hat. Für ihn ist die Langue ein inhaltliches (nicht ein theoretisches) Gebilde, das die Menschen im Kopf haben und das sie leiten soll, sich einer gewissen gesamtgesellschaftlichen Bedeutung von sprachlichen Ausdrücken anzupassen. Ein solches Konzept mag man haben; es lässt sich aber linguistisch nicht rechtfertigen. Der Verweis auf die sprachwissenschaftliche Theorie hat für den Politologen und Politiker lediglich legitimatorische Funktion.

Es stehen sich zwei Konzepte gegenüber: auf der einen Seite das Konzept der Politiker/innen, das auf Integrationsschlagworte und auf Meinungskonsens setzt, und auf der anderen Seite das je individuelle Konzept der Wähler/innen, das auf Verwirklichung, zumindest Beachtung und Berücksichtigung der je eigenen Vorstellungen und Interessen setzt.

Politiker/innen-Konzept	**Wähler/innen-Konzept**
Konsensbildung	Eigeninteressen artikulieren
Schlagwort-Kommunikation	Differenz verdeutlichen
Programm-Interessen	individuelle Wünsche
Generalisierung	Präzisierung
Phraseologie der Politik	individuelle Sprache

Die Gegenüberstellung zeigt den latenten oder offenen Interessenkonflikt zwischen Politiker/innen und Wähler/innen; und sie zeigt die differierenden sprachlichen und kognitiven Orientierungen auf beiden Seiten. Der Konflikt ist ein institutioneller, d.h. einer, der durch unser demokratisches Herrschafts- und Verwaltungssystem produziert ist. Die Kommunikation zwischen Regierenden, die auf Wählerstimmen angewiesen sind, und dem Wahlvolk, das wählen soll, ist durch diesen Konflikt weitgehend bestimmt. Die Schlagwort-Falle, von der ich gesprochen habe, besteht darin, dass die Politiker/innen einerseits darauf angewiesen sind, schlechtbestimmt-vage Schlagworte zu benutzen, um in ihrer öffentlichen Rede möglichst viele Adressaten und Adressatinnen im Wahlvolk zu erreichen, andererseits darauf bedacht sein müssen, auf die spezifischen Vorstellungen, Wünsche und

Emotionen der Wähler/innen einzugehen, um Aufmerksamkeit zu erregen, Interesse zu wecken, kurz: um zu werben und um damit Zustimmung zu erreichen, die sich in Wahlentscheidungen niederschlägt. Es stehen sich gegenüber: einerseits das Generalisierungsinteresse der Politiker/innen, andererseits das Spezifizierungs- und Individualisierungsinteresse der Wähler/innen. Der Gegensatz bzw. Interessenkonflikt ist unauflöslich und hat insofern den Charakter einer „Falle", als die Politiker/innen ihm erstens nicht entgehen können und zweitens auch nicht die Möglichkeit haben, ihn steuernd zu beherrschen. Denn die Entwicklung der Meinungsvielfalt im Wahlvolk ist weder prognostizierbar noch mit Zuverlässigkeit beeinflussbar.

3. Zur Leitkultur-Debatte.

Im Duden (Deutsches Universalwörterbuch, 4. Aufl. 2001) sind 35 Nominalkomposita mit „Leit-" als Bestimmungswort aufgeführt (und lemmatisiert), darunter die Komposita „Leitantrag", „Leitartikel", „Leitbild", „Leitfaden", „Leitgedanke", „Leithund", „Leitidee", „Leitlinie", „Leitsatz", „Leitseite" (Homepage), „Leitspruch", „Leitstern", „Leitstrahl", „Leitthema", „Leittier", „Leitwolf", „Leitwort", „Leitzins". Das Wort „Leitkultur" kommt nicht vor; ich finde es auch nicht in den Schlüssel- und Schlagwortverzeichnissen der sprachhistorischen Darstellungen zum Sprachgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 (vgl. z.B. Stötzel/Wengeler 1995). Von der Gesellschaft für deutsche Sprache wird „Leitkultur" unter den „Wörtern des Jahres 2000" besprochen (vgl. Bär 2001, S. 45f.). Dort wird auch darauf hingewiesen, dass Dieter E. Zimmer das Wort bereits 1998 verwendet hat, und zwar mit Bezug auf die amerikanische Leitkultur (Zimmer 1998, S. 27). Dort wird weiter vermerkt, dass das Schlagwort „Leitkultur" bereits kurz nach seiner Einführung in die politischen Auseinandersetzungen des Jahres 2000 semantisch verfremdet wurde durch Bildungen wie „Lightkultur" und „Leidkultur".

Die Lemmatisierung von Komposita mit „Leit-" als Bestimmungswort in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache macht zweierlei deutlich: 1. Die Bedeutung des Bestimmungsworts „Leit-" ist in allen Komposita so klar, wie die Bedeutung des Verbs „leiten" klar ist: nämlich „führen", „bestimmen", „bestimmend begleiten" (vgl. DUDEN 1999, Bd. 6, S. 2405).

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, wie „Leitkultur“ in diesem Bestandteil zu interpretieren ist. Ein „Leitwort“ (so lemmatisiert im DUDEN 1999, Bd. 6, S. 2407) ist ein „Ausdruck, der einen Leitgedanken zur Geltung bringt“, und zwar in politischer Hinsicht (entsprechende Beispiele werden dort gegeben). 2. Die für politische Schlagwörter so wichtige kommunikative Vagheit/Unbestimmtheit/Schlechtbestimmtheit liegt bei „Leitkultur“ in dem Basiswort „-kultur“. Zu „Kultur“ haben die Wörterbücher der deutschen Gegenwartssprache nicht sehr viel zu sagen (vgl. die eine Spalte im DUDEN 1999, Bd. 5, S. 2304), umso mehr die Enzyklopädien (vgl. z.B. die Brockhaus-Enzyklopädie, 19. Aufl., Bd. 12 (1990), S. 580ff.). Der Grund dafür ist, dass die sprachsystematischen Grundbedeutungen von „Kultur“ im heutigen Deutsch schnell abzustecken sind (z.B. Kultur im Sinne von Anpflanzung/Kultivierung bestimmter Pflanzen im Unterschied zu „Kultur“ der Griechen), dass man aber in ein fast unüberschaubares inhaltlich-historisches Feld eintritt, wenn man unter „Kultur“ die Handlungsweisen bzw. -muster von Einzelpersonen und Gruppen und Gemeinschaften (und Nationen) in Geschichte und Gegenwart begreift. In dem Schlagwort „Leitkultur“ ist mit der Komponente „-kultur“ dieses historisch offene, inhaltlich weite Bedeutungsfeld angesprochen.

Auf Grund seiner syntaktisch-semantischen Eigenschaften eignet sich „Leitkultur“ hervorragend als Schlagwort in der öffentlich-politischen Auseinandersetzung. Es enthält mit dem Basiswort „-kultur“ ein Hochwertwort, das reich an Bedeutungsnuancen ist und in seiner semantischen Offenheit so vage/unbestimmt/schlechtbestimmt ist, dass es viele Adressat/innen anspricht, die sich alle und je einzeln ihre eigene Vorstellung über die Bedeutung machen können. Es ist ein ideales Integrationswort mit hohem Assoziationspotenzial in der politischen Werbung. Ferner enthält „Leitkultur“ mit dem Bestimmungswort „Leit-“ (zumal in der Verbindung „deutsche Leitkultur“) eine sehr spezifische Bedeutungskomponente, die in ihrer Bestimmtheit provokant wirkt und Aufmerksamkeit erregt. Das Wort ist in dieser Eigenschaft geeignet, in der parteipolitischen Auseinandersetzung zu polarisieren und die Medien zu interessieren.

Ich bin davon überzeugt, dass eine empirische Untersuchung über den Gebrauch von „Leitkultur“ (durch Auswertung größerer Belegmengen oder auch durch Benutzerbefragung) die genannten Schlagwort-„Qualitäten“

deutlicher hervortreten lassen würde. In der Tat hat die Braunschweiger Befragungsaktion „Unwörter 2000“ ergeben, dass „Leitkultur“ der Spitzenreiter der als Unwort kritisierten Wörter war und dass die negativen Charakterisierungen „inhaltlich nichtssagend“ sowie „gefährlich“ besonders auffällig sind (vgl. Griesbach/Kilian 2001, S. 14f.). Die beiden Charakterisierungen entsprechen den Schlagwort-Merkmalen „unbestimmt/vage“ und „provokant/polarisierend“.

Ich beschränke mich im Folgenden darauf, einige Belege aus Presse-Publikationen anzuführen, die den Gebrauch von „Leitkultur“ weiter verdeutlichen können. – Nachdem Friedrich Merz (Fraktionsvorsitzender der CDU im Deutschen Bundestag) im Oktober 2000 den Begriff „Leitkultur“ in die Debatte um das Ein- bzw. Zuwanderungsland Deutschland geworfen hatte, zeigte sich rasch die Brisanz des Schlagworts. Die F.A.Z. zitierte am 7.11.00 in einer Schlagzeile auf der ersten Seite die CDU-Vorsitzende Angela Merkel: „Der Begriff irritiert den Gegner, was schon mal gut ist.“ Am 26.10.00 bringt die SZ auf der ersten Seite die Aufmacher-Schlagzeile: „Union rückt vom Schlagwort ‘Leitkultur’ ab“ und ergänzt: „Nach heftiger Kritik auch in den eigenen Reihen“. Am 26.10.00 bringt die ZEIT auf S. 45 eine Glosse von Jens Jessen mit dem Titel: „Leitkultur. Ein Gespenst geht um in Deutschland“. Am 4./5.11.00 bringt die SZ auf S. 5 eine Schlagzeile: „CDU will Schlagwort ‘Leitkultur’ doch verwenden“ und bezieht sich auf ein Eckpunkte-Papier der CDU zur Zuwanderung; der Generalsekretär der CDU wird zitiert mit den Worten: „Jetzt auf den Ausdruck zu verzichten wäre unglaubwürdig.“ Am 4.11.00 schreibt die F.A.Z., S. 41, in einer Glosse: „Am Ende dieser windungsreichen Debattenwoche steht fest: Der unterkomplexe Begriff der Leitkultur wird nicht in dem neuen Eckpunkte-Papier zur Zuwanderung auftauchen, das das CDU-Präsidium und der Vorstand der Unionsfraktion am Montag verabschieden wollen.“ Am 8.11.00 zitiert die SZ, S. 6, aus dem verabschiedeten Eckpunkte-Papier der CDU: „In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn die Beachtung dieser Werte als Leitkultur in Deutschland bezeichnet wird.“ Also: Der Ausdruck „Leitkultur“ kommt vor, allerdings nicht in der Kollokation „deutsche Leitkultur“, sondern „Leitkultur in Deutschland“; darüber war gestritten worden. Aus linguistischer Sicht lässt sich zu dem Unterschied zwischen „deutscher Leitkultur“ und „Leitkultur in Deutschland“ vieles sagen. Hier nur so viel: Das Attribut „deutsch“ in „deutsche Leitkultur“ spricht an auf eine spezifisch „deutsche“ Eigenart,

auf etwas spezifisch Deutsches. Aber was ist das? Viele Ad-hoc-Kommentierungen und Bemerkungen in der Presse stellen die Beliebigkeit von potenziellen Bedeutungsmerkmalen heraus, z.B.: „Was zum Teufel soll das sein, die 'Deutsche Leitkultur'? Die Nationalmannschaft, Goethe, 'Cats' oder um 7 Uhr aufstehen, um 12 Uhr Mittagessen und um 18 Uhr Abendbrot? Die 'deutsche Leitkultur' ist nichts weiter als eine Worthülse, die dazu benutzt wird, eine emotionale Diskussion über gute und böse Ausländer, über Identitätsverlust und über die so genannte Überfremdung anzustacheln." (König Boris, Rapper bei „Fettes Brot", in: DIE WOCHE, 10.11.00, S. 38). Die Attribuierungsverhältnisse in einer so einfach aussehenden Nominalgruppe wie „deutsche Leitkultur" sind komplex; das adjektivische Attribut „deutsche" bezieht sich normalerweise auf den „Kopf" der Konstruktion, also das Basiswort in dem Kompositum, also auf „-kultur"; dieses Basiswort ist aber bereits enger attribuiert durch „Leit-". Das heißt: Wer nach Definitionen/Erläuterungen sucht, muss in der deutschen Kulturgeschichte suchen und hier wiederum nach dem „Leitenden". Dabei könnte sich herausstellen, dass das Merkmal „Leit-/leiten" bereits etwas „typisch Deutsches" ist; Journalisten haben Probleme gehabt, „deutsche Leitkultur" in andere Sprachen zu übersetzen, z.B. ins Französische: „culture pilote" oder „culture dominante"? Etwas andere Attribuierungsverhältnisse ergeben sich, wenn man von „Leitkultur in Deutschland" spricht. Hier scheint das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft noch etwas näher zu liegen. Man kann von verschiedenen Kulturen in Deutschland ausgehen und fragen: Welche Kultur ist wo unter welchen Bedingungen die leitende/dominierende?

Ich habe nicht bemerkt, dass Politiker, die den Begriff „Leitkultur" mit positiver Konnotation verwendet haben, selbst versucht hätten, sich ausführlicher mit der komplexen Frage, was denn deutsche Kultur als dominante Kultur sei, auseinander zu setzen. Es sind keine Darstellungen dieser Art öffentlich geworden. Wohl aber gibt es eine ganze Reihe von Wortmeldungen in der Presse, die das breite Spektrum von Assoziationen verdeutlichen, die (auch) die Politiker mit „Leitkultur" verbinden. Der prominente CSU-Politiker Peter Gauweiler greift eklektisch in die große Kiste der Stichwörter, die in Stammtischregionen bis hin zu „höheren" Regionen von Parlamentsdebatten, die an die „Menschen draußen im Lande" gerichtet sind, gern verwendet werden (vgl. Gauweiler 2000). Da geht es um die sog. „Toskana-

Kultur“ in der SPD, um kulturelle Identitäten nordamerikanischer Indianer, um den „Kulturverlust“ der Deutschen (Masochismus?), um das Wort „Nation“ als abgeleitet von lateinisch „natus“, um deutsche Sprache, um den Literaturkanon, der in unseren Schulen (nicht) beachtet wird, um Walther von der Vogelweide, um Thomas Mann und um Günter Grass. Man könnte hinzufügen: Da haben wir den Salat, aber wo bleibt die deutsche Leitkultur? So fragt denn auch Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und Mitglied des CDU-Bundesvorstands: „Wie aber kann heute der Begriff Leitkultur verstanden werden, wenn konservatives und wertebewusstes Denken vorsätzlich stigmatisiert wird? Daraus droht Gefahr.“ (Steinbach 2000). Auch Frau Steinbach sieht in der deutschen Sprache ein identitätsstiftendes und einigendes Band für die Deutschen: „Natürlich brauchen wir nicht nur eine Leitkultur, sondern wir haben sie sogar: unsere Sprache in all ihren Facetten ...“ (Steinbach 2000). Der Gedanke, dass die Sprache (gewissermaßen als Ersatz für politische Uneinigkeit) eine Nation eine/einige, zu einer Einheit macht, ist ein gängiges Ideologem (in Bezug auf Deutschland) seit dem 19. Jahrhundert. Noch vor der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 wurde stereotyp argumentiert: 1. Zwei Staaten, nämlich BRD und DDR, aber eine Nation. 2. Warum eine Nation? Weil: eine Kultur, d.h. eine Sprache. Insofern lag es nahe, die Diskussion über Leitkultur auch mit der Frage nach dem angloamerikanischen Einfluss auf das Deutsche (Anglizismen-Frage) in Verbindung zu bringen. Wird die „deutsche Leitkultur“ etwa auch durch die englische Sprache bedroht? (vgl. Heuwagen 2000). Es gibt andere und vielleicht auch gewichtigere Kandidaten für „Leit“merkmale zur deutschen Leitkultur, z.B. das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Ich zitiere exemplarisch den Leserbrief von Oliver Sperl (Berlin) aus der F.A.Z., 26.10.00, S. 15: „Wie Michel Friedman richtig feststellte, darf die einzige Leitkultur in Deutschland nur das Grundgesetz sein. Will Merz sagen, dass Muslime nur noch in Deutschland leben dürfen, wenn sie zu Christen werden und Schweinebraten essen? Biedermänner und Brandstifter sollten keine große Volkspartei im Bundestag führen dürfen.“ Wenn das Grundgesetz die Leitlinie für die Bestimmung von „Leitkultur“ angeben soll, kann man sich mit Recht fragen – und das haben sich viele gefragt: Warum dann noch ein Konzept „Leitkultur“, wenn im Grundgesetz schon die entscheidenden Werte festgeschrieben sind?

Aus den vorangehenden Pressezitaten wird vielleicht deutlich, dass die meisten Beiträge, die den Begriff „Leitkultur" positiv aufnehmen, auch bereits skeptische und kritische Bemerkungen enthalten. In der Tat überwiegen in den Medien/Printmedien die kritischen Stellungnahmen (vgl. Bornhöft/Leinemann/Mestmacher 2000). Eine pointiert kritische Haltung nimmt der Zentralrat der Juden in Deutschland ein – meines Erachtens zu Recht. Denn wer sollte intensiver sensibilisiert sein für die Ausgrenzung von Minderheiten in Deutschland als die Juden? Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, hat in Interviews verschiedentlich darauf hingewiesen, dass diejenigen, die eine „deutsche Leitkultur" propagieren, genau wissen, was sie tun, wenn sie ein Konzept der Leitkultur auf ihre Fahnen schreiben und damit einer Minderheiten-Ausgrenzungspolitik Vorschub leisten. Er ist damit in Übereinstimmung mit dem Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland. In der F.A.Z., 16.11.00, S. 6, ist über den Präsidenten des Zentralrats der Juden Paul Spiegel unter dem Titel „Spiegel wiederholt seine Kritik" zu lesen: „Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Spiegel, hat abermals an die CDU/CSU appelliert, auf das Schlagwort von einer „deutschen Leitkultur" zu verzichten und es durch den Begriff „deutsche Kultur" zu ersetzen." – Mit dem Ausdruck „deutsche Kultur" wäre man dann wieder auf dem Boden der äußerst vielfältigen und keineswegs einheitlichen deutschen Kulturgeschichte.

Die Diskussion über „Leitkultur" hat natürlich auch Programmpolitiker auf den Plan gerufen. Fragen waren: Wie hält man es mit dem Verhältnis Nation und Sprache? Was macht die Identität der Deutschen aus? Wie geht man mit der Geschichte „der Deutschen" um? Wie steht man zur Geschichte der Deutschen in Nazi-Deutschland? Meines Erachtens sind diese Fragen heute nicht mehr offen. Man weiß weitgehend, was man von Nazi-Deutschland zu halten hat, und man weiß auch, dass das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eine gute Grundlage für die Lebensbedingungen der Bürger/innen bietet. Ausgrenzungen jenseits des Grundgesetzes sind nicht mehr gefragt. Das ist die Position des SPD-Programmatikers Erhard Eppler. Er schreibt: „Wer „Leitkultur" definieren will, grenzt immer aus, ob er will oder nicht" (Eppler 2001, S. 37). Das Grundgesetz und dessen Regelungen sind für ihn selbstverständlich eine Selbstverständlichkeit. – Der früher prominente CDU-Politiker Rainer Barzel äußert sich wie folgt zu der Frage,

wie es um das Vermächtnis von Konrad Adenauer steht: „Wir sind des Glaubens, dass die Würde und Freiheit des einzelnen Menschen geachtet werden müssen und von niemandem verletzt werden dürfen. Und er (Konrad Adenauer) würde, glaube ich, heute hinzufügen, das sei der Kern der von ihm geschaffenen Bundesrepublik Deutschland – nicht eine nebelhafte „Leitkultur"." (SZ, 5./6./7.01.01, S. 10.).

4. Fazit

Der Versuch, das Schlagwort „Leitkultur" als politischen Kampfbegriff einzuführen, ist gescheitert. Bereits am 27.10.00 schreibt Edo Reents in der SZ, S. 17: „Die deutsche Leitkultur ist tot. Sie ist im Alter von wenigen Tagen relativ sanft entschlafen – man könnte auch sagen: sang- und klanglos untergegangen." Das Schlagwort hatte – trotz seiner oben genannten „Qualitäten" – für die politischen Auseinandersetzungen zu wenig Profil. Die Politiker/innen, die „deutsche Leitkultur" für sich nutzen wollten, haben sicher den Fehler gemacht, dass sie selbst zu wenig zur inhaltlichen Definition/Fixierung beigetragen haben. Auch wenn – wie wiederholt betont – Schlagwörter in ihrer Bedeutung charakteristischerweise vage sind, sollen sie doch einem „Programmtransport" (vgl. Wolter 2000, S. 26ff.) dienen, und dazu müssen sie einen profilierten, zumindest für die Adressaten interessanten Gebrauch haben. „Deutsche Leitkultur" weckt zu viele divergierende Assoziationen, vor allem auch solche, die für viele Adressaten negativ konnotiert sind (z.B. Nazi-Vergangenheit, Rechtsradikalismus). Der Diskurs über die „deutsche Leitkultur" ist nicht nur von Anfang an mit der Zu- bzw. Einwanderungsfrage verknüpft worden, sondern wurde dann auch noch mit Fragen nach dem „Nationalstolz" der Deutschen verbunden (vgl. Haß-Zumkehr 2001, Prantl 2001). Dies sind brisante gesellschaftspolitische Fragen, die die Protagonisten der Leitkultur-Debatte erfolgreich hätten behandeln müssen, um das Schlagwort „Leitkultur" als positives Fahnenwort gegenüber dem Wahlvolk zu platzieren. Die Protagonisten haben es weiterhin versäumt, sich der neueren Diskursgeschichte von „Leitkultur" zu vergewissern, um ihren eigenen Sprachgebrauch abzusichern (vgl. Schuller 2000; Sommer 2000). So hat die Schlagwort-Falle zugeschlagen: Die Adressierungsvielfalt des Schlagworts „deutsche Leitkultur" wurde unterschätzt, und seine Integrationskraft überschätzt.

Es ist bemerkenswert, wie schnell das Schlagwort „deutsche Leitkultur" wieder aus der politischen Diskussion verschwunden ist. Es hat unter Politikern keine breite Resonanz gefunden und wurde im Wesentlichen von Akteuren aus dem konservativen Lager für diskussionswürdig gehalten. Politiker anderer Parteien haben sich auffällig zurückgehalten. Bundesaußenminister Joschka Fischer spricht von den Trägern der Leitkulturdebatte despektierlich als von „unseren Leitkulturisten" (vgl. DIE WOCHE, 29.06.01, S. 7). Einige Wirkung hat die Leitkulturdiskussion im Bezug auf ausgewählte innenpolitische Themen entfaltet; darüber hinaus – etwa im Bezug auf europäische oder andere internationale Fragen – erwies sich der Begriff „Leitkultur" nicht als brauchbar. Auch in die Kulturdiskussion hat der Begriff nicht nachhaltig Eingang gefunden; man findet nur vereinzelte Belege (vgl. z.B. „geisteswissenschaftliche Leitkultur", verwendet von Heike Schmoll in einem Artikel über die Rolle der Geisteswissenschaften, F.A.Z., 01.09.01, S. 1).

Möglicherweise war der Begriff „Leitkultur" lediglich eine Art Versuchsballon in der politischen Auseinandersetzung, und zwar ohne das Ziel, substanzielle politische Programmarbeit zu leisten. In einer Zeit, in der der Kampf um Wählerstimmen wesentlich mit Mitteln der kommerziellen Produktwerbung geführt wird, spielt das „Begriffe-Besetzen" in der Politik nicht mehr die Rolle wie in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. In einer Leitglosse über die Taktik der politischen Parteien heute heißt es in der F.A.Z. vom 31.07.01, S. 1, unter der Überschrift „Leitkulturfrei" zur Arbeit der FDP, dass „sie der schnellen, unbürokratischen und völlig leitkulturfreien Erfüllung wirtschaftlicher Erfordernisse allen Vorrang einräumt. In diesem Geist des unverblümt Situativen steckt ein viel größeres Potenzial kultureller Umwälzung als in den schalen multikulturellen Fantasien, die viele Konservative so ängstigen."

5. Literatur

Bär, Jochen A. (2001): Wörter des Jahres 2000. In: Der Sprachdienst 2/01, S. 41-51.

Bergsdorf, Wolfgang (1978): Politik und Sprache. München/Wien.

Bergsdorf, Wolfgang (1985): Über die Schwierigkeiten des politischen Sprechens in der Demokratie. In: Wimmer, Rainer (Hg.): Sprachkultur. Jahrbuch 1984 des Instituts für deutsche Sprache. Düsseldorf. S. 184-195.

Besch, Werner (1990): Die Schlagwörter. Noch einmal zur Wortgeschichte und zum lexikologischen Begriff. In: Muttersprache 100, S. 192-203.

Brockhaus-Enzyklopädie (1990): „Kultur". In: Brockhaus-Enzyklopädie. Bd. 12. 19. Aufl. Wiesbaden u.a., S. 580ff.

DUDEN (1999): Das große Wörterbuch der deutschen Sprache in 10 Bänden. 3. Aufl. Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich.

DUDEN (2001): Deutsches Universalwörterbuch. 4. Aufl. Mannheim/Leipzig/Wien/ Zürich.

Griesbach, Thorsten/Kilian, Jörg (2001): Sprachkritik als Unwortkritik. Die Aktion „Unwörter 2000" und die laienlinguistische Wortkritik. In: Sprachreport 3/2001, S. 11-17.

Haß-Zumkehr, Ulrike (2001): Die Grenzen des Stolzes im Deutschen. In: Sprachreport 2/2001, S. 2-4.

Hermanns, Fritz (1982): Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Wiegand, Herbert Ernst (Hg.): Studien zur nhd. Lexikographie II. Hildesheim/Zürich/New York. S. 87-108.

Klein, Josef (1989): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Josef Klein (Hg.), S. 3-50.

Klein, Josef (Hg.) (1989): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen.

Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/New York.

Teubert, Wolfgang (1989): Politische Vexierwörter. In: Klein, Josef (Hg.), S. 51-68.

Wimmer, Rainer (2000): Sprachkritik in der Öffentlichkeit seit der Mitte des 20. Jhs. In: Besch, Werner/Betten, Anne/Reichmann, Oskar/Sonderegger, Stefan (Hg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. 2. Aufl. Bd. II. Berlin/New York. S. 2054-2064.

Wolski, Werner (1980): Schlechtbestimmheit und Vagheit – Tendenzen und Perspektiven. Methodologische Untersuchungen zur Semantik. Tübingen.

Wolter, Beatrice (2000): Deutsche Schlagwörter zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Frankfurt a.M. (= Europäische Hochschulschriften 1749).

Zimmer, Dieter E. (1998): Deutsch und anders. Reinbek.

6. Presseartikel

Blüm, Norbert (2001): Mehr Obst, weniger Äpfel? Die CDU in der liberalen Falle oder Wider den Imperialismus der Verwirtschaftung des Lebens. In: F.A.Z., 05.09.01, S. 12.

Bornhöft, Petra/Leinemann, Jürgen/Mestmacher, Christoph (2000): Stolze schwarze Deutsche. In: DER SPIEGEL, 30.10.00, S.30-32.

Brenner, Michael (2000): Nur kein Ehrenplatz. Die Rolle der jüdischen Minderheit im Tempel der Leitkultur. In: SZ, 2./3.12.00, S. 17.

Eppler, Erhard (2001): Brauchen die Deutschen tatsächlich eine Leitkultur? In: Chrismon 01/2001, S. 36-37

Gauweiler, Peter (2000): Ein heimliches Klopfen. Wer hat Angst vor der Leitkultur? In: SZ, 08.11.00, S. 17.

Heuwagen, Marianne (2000): Was ist deutsch? Multikulti, interkulturell und „Denglisch": Die Debatte über die Leitkultur erfasst alle Parteien. In: SZ, 02.11.00, S. 6.

Korn, Salomon (2001): Schlicht Deutsche. In: SZ, 26.01.01, S. 19.

Leggewie, Klaus (2000): Missachtung der Intelligenz. In: taz, 4./5.11.00, S. 9.

Prantl, Heribert (2001): Vom Stolz, Deutscher zu sein. In: SZ, 20.03.01, S. 4.

Schuller, Konrad (2000): Die Leitkultur als Schutz vor Intoleranz. In: F.A.Z., 26.10.00, S. 16.

Sommer: Theo (2000): Einwanderung ja, Ghettos nein. Warum Friedrich Merz sich zu Unrecht auf mich beruft. In: DIE ZEIT, 16.11.00, S. 9.

Steinbach, Erika (2000): Ohne „Leitkultur" entwurzeln wir uns selbst. In: Welt am Sonntag, 05.11.00, S. 11.